

Notizen

Mit einer Erklärung erstellt von der Kommission „Bildung und Kultur“, hat sich Mitte Juni das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in die gegenwärtige Diskussion um Schulkrise und Schulreform eingeschaltet. Darin wird ein Katalog unverzichtbarer Anforderungen an das Bildungssystem „Schule“ genannt: Sie dürfe nicht in die Rolle der gesellschaftlichen Reparaturwerkstatt gedrängt werden, zwischen Eltern und Schule müsse eine „Erziehungspartnerschaft“ bestehen; die Jugendlichen sollten in ihr zu freiheitlicher und begründeter Stellungnahme, zu einer „Streitkultur“, zu sozialem Handeln und Bindungsbereitschaft befähigt werden. Ein solides Grundwissen, Allgemeinbildung müsse vermittelt, der personale Bezug im Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern weiter gestärkt werden. Das Ansinnen, Schule nur nach ihrem Beitrag zur beruflichen Entfaltung und der Ermöglichung von sozialem Aufstieg zu beurteilen, wird zurückgewiesen, eine Anpassung der Schule an die veränderten Zeitrhythmen der Familien- und Erwerbswelt gefordert.

Im Vorfeld der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eine Studie veröffentlicht, die von ihrer Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst erarbeitet wurde: „Wie viele Menschen trägt die Erde – Ethische Überlegungen zum Wachstum der Weltbevölkerung“. Darin wird jede auf Zwang beruhende „technokratische“ Bewältigung des Problems abgelehnt, auf den engen Zusammenhang von Armut und Bevölkerungswachstum verwiesen und ein ökologischer Kurswechsel in den Industrieländern gefordert. Dringend erforderliche Maßnahmen zur Beschränkung des Bevölkerungswachstums müßten die freie und verantwortliche Entscheidung von Eltern respektieren und neben der Armutsorientierung besonders der Förderung der Frauen in den Entwicklungsländern Rechnung tragen. Eine Unterscheidung von natürlicher und künstlicher Geburtenregelung wird abgelehnt. Ausdrücklich betont die EKD-Kammer, in weiten Passagen stimme die Studie mit den Empfehlungen der von der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz vorgelegten Schrift: „Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung“ überein (vgl. HK, Januar 1994, 12 ff.).

Nach den Verträgen über die Errichtung der Bistümer Magdeburg und Görlitz wurde jetzt am 14. Juni auch der entsprechende Vertrag für das neue Bistum Erfurt unterzeichnet. Abgesehen von einem kleinen Gebiet an der Grenze zwischen Hessen und Thüringen ist das neue Bistum Erfurt territorial deckungsgleich mit dem bisherigen Bischöflichen Amt Erfurt-Meiningen. Wie für Magdeburg und Görlitz findet auch bei der Besetzung des Erfurter Bischöflichen Stuhls das Preußenkonkordat von 1929 Anwendung (das Domkapitel wählt den Bischof aus einer vom Heiligen Stuhl vorgelegten Dreierliste). Zum Bistum Erfurt gehören etwa 220 000 Katholiken, die sich ungleichmäßig verteilen: Neben dem fast rein katholischen Eichsfeld im Norden der Diözese stehen die großen thüringischen Diasporagebiete. Derzeitiger Apostolischer Administrator in Erfurt ist Bischof Joachim Wanke.

Nach einer Hochrechnung des Deutschen Zentralinstitutes für soziale Fragen ist die Spendenbereitschaft der Deutschen ungebrochen. Etwa 4,1 Milliarden Mark sind demnach 1993 für humanitäre Zwecke gespendet worden, etwa gerade so viel wie 1992. Allerdings haben der Deutsche Caritasverband und die Deutsche Welthungerhilfe einen Spendenrückgang beklagt. Der Caritas standen für internationale Hilfsaktionen 1993 nur noch 43,5 Millionen Mark an Spendengeldern zur Verfügung, 1992 waren es 65,4 Millionen gewesen. Der Leiter der Caritas-Auslandshilfe, Günter Hölter, macht für diesen Rückgang einen Bewußtseinswandel verantwortlich: es gebe immer weniger Bereitschaft, für Krisengebiete zu spenden, in denen, wie z. B. in Ruanda, die Notsituation von den Menschen dort selbst verursacht worden sei. Auch die Deutsche Welthungerhilfe befürchtet, mit einer steigenden Zahl von Bürgerkriegen könne die Hilfsbereitschaft nachlassen. Gegenüber 1992 ist deren Spendenaufkommen (1993 waren es 44 Millionen Mark) um 15 Prozent zurückgegangen.

Ein Plädoyer für „Solidarität am Standort Deutschland“ haben 135 Sozialwissenschaftler unter Federführung des Frankfurter Nell-Breuning-Institutes für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik veröffentlicht. Angesichts einer zunehmenden sozialen Spaltung in Deutschland, wo eine

Mehrheit in großem Wohlstand lebe, eine wachsende Minderheit aber immer stärker von Armut bedroht sei und in Opposition zum bisherigen Verlauf der Standortdebatte sollen der bundesdeutsche Sozialstaat sowie seine Bedeutung für eine soziale Demokratie in Erinnerung gerufen werden. Die Sozialwissenschaftler fordern wirksame beschäftigungspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, die Ankurbelung privater Nachfrage durch die Verbesserung der Kaufkraft niedriger Einkommen und die Eindämmung des Armutsrisikos durch finanzielle Umverteilung zugunsten der Bezieher von Niedrig- und Sozialeinkommen.

Ein halbes Jahr nach Abschluß eines Grundlagenvertrags zur Regelung der beiderseitigen Beziehungen (vgl. HK, Februar 1994, 62 ff.) haben Israel und der Apostolische Stuhl am 15. Juni volle diplomatische Beziehungen aufgenommen. Beide Seiten kündigten den bevorstehenden Austausch von Botschaftern an. Der Apostolische Stuhl hatte den bisherigen Delegaten für Jerusalem und Palästina, Erzbischof Andrea Cordero Lanza di Montezemolo, vor einem halben Jahr zum Sondergesandten für Israel ernannt, Israel den Diplomaten Shmuel Hadas zu seinem Sondervertreter mit dem Titel Botschafter. Es wird erwartet, daß diese beiden Diplomaten auch die beiden ersten offiziellen Botschafter sein werden.

Die US-Kardinäle Hickey, Bernardin, Law, O'Connor, Bevilacqua und Mahony sowie der Vorsitzende der US-amerikanischen Bischofskonferenz, Erzbischof Keeler von Baltimore, haben in einem Brief an Präsident Clinton das Vorbereitungsdokument für die UN-Bevölkerungskonferenz in Kairo scharf kritisiert (Wortlaut in: Origins, 9. 6. 94, S. 58). Mit der Unterstützung der USA befürworte das Dokument die weltweite Verbreitung künstlicher Mittel zur Empfängnisregelung und die zunehmende Anwendung der Sterilisierung. Dadurch werde eine egozentrierte Sicht von Sexualität gefördert, ein „für das Familienleben und das moralische Rückgrat der Gesellschaft destruktives Vorgehen“.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe ist eine Verlegerbeilage beigefügt.